



## Inhalt

[8. dbb Medienkonferenz: Öffentlich-Rechtliche brauchen sichere Perspektiven+++](#)

[Lühmann: Mehr tun für Personalgewinnung in Krisenzeiten+++](#)

[dbb regt Diskussion über bessere Sicherung der Einkommen im öffentlichen Dienst an+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBB-Stressmonitor gestartet: Dem Burnout zuvorkommen+++](#)

[dbb Hessen: Versorgungsrücklagen nicht antasten+++](#)

[Knecht zu umstrittener Gerichtsstrukturreform: Mindestgröße ist „Schwachsinn“+++](#)

[DSTG kritisiert Diskussion um Steuererhöhungen -](#)

[Steuervereinfachung ist angesagt+++](#)

[Tarifabschluss für Airport Ground Service Stuttgart erreicht+++](#)

[BSBD kritisiert Doppelbelegungen in Gefängnissen+++](#)

[DPoIG: „Blitz-Marathon“ geeignetes Mittel zur Verbesserung der Verkehrssicherheit+++](#)

[VBE: Gute Schule braucht gut ausgebildete Lehrer+++](#)

[Meidinger: Leistungsunterschiede bei Schülern „erschreckend groß“+++](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

## 8. dbb Medienkonferenz: Öffentlich-Rechtliche brauchen sichere Perspektiven

**(dbb) „Auch in Zukunft brauchen wir einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, und der muss sachgerecht ausgestattet sein – sowohl personell als auch finanziell.“ Das forderte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt zur Eröffnung der 8. Medienkonferenz des gewerkschaftlichen Dachverbandes am 9. Oktober 2013 in Berlin.**

Ausdrücklich trat Dauderstädt damit der aktuell vom Bund der Steuerzahler vertretenen Auffassung entgegen, es gebe bei den Öffentlich-Rechtlichen ein kurzfristiges Milliarden-Einsparpotenzial und die „Vollversorgung der Bevölkerung“ durch die Programme von ARD und ZDF sei gar nicht mehr notwendig, da „der Markt“ alle notwendigen Inhalte für Funk und Fernsehen längst in ausreichender Breite und Qualität anbiete. Diese These, so Dauderstädt, „ist absurd“. Zugleich machte der dbb Chef deutlich, dass ARD, ZDF und Deutschlandradio unter besonderer Beobachtung und hohem Rechtfertigungsdruck stehen. „Auch wenn aus der Rundfunkgebühr jetzt der Rundfunkbeitrag geworden ist: Der zur Beitragszahlung gezwungene Bürger kann vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk mehr erwarten als von den privaten Anbietern: mehr Qualität, aber auch mehr Transparenz und Kosteneffizienz.“

Deshalb sollten auf der Konferenz Fragestellungen etwa nach fairen Marktbedingungen auch für die Privaten, nach Umfang und Inhalt der öffentlich-rechtlichen Voll- oder Grundversorgung, nach mehr Attraktivität von ARD und ZDF für jüngeres Publikum und nach der Präsenz der öffentlich-Rechtlichen im Internet diskutiert werden. „Ganz besonders geht es uns aber auch um die zentrale Rolle der Aufsichtsgremien, in der ja Vertreter des dbb wie anderer gesellschaftlicher Gruppen über Medienpolitik, Programmgestaltung, Personalien und Haushaltsfragen mit diskutieren und ent-

scheiden.“ So müsse die kritische Frage nach der versuchten Beeinflussung von Programm- und Personalentscheidungen durch Parteien und Verbände erlaubt sein und auch die nach der Zusammensetzung der Gremien: „Spiegelt diese wirklich noch die gesellschaftliche Realität wider oder besteht nicht auch hier Korrekturbedarf?“

In ihrem Impulsvortrag ging die Intendantin des Mitteldeutschen Rundfunks, Prof. Dr. Karola Wille, aktuellen Aufgaben und künftigen Zielen des MDR unter dem Motto „Regional, digital, vernetzt“ auf den Grund. Prof. Dr. Dieter Dörr, Direktor des Mainzer Medieninstituts, hatte seinem Vortrag den Titel „Grundversorgung versus ‚Lückenfüllen‘ als Aufgabe der Öffentlich-Rechtlichen“ gegeben. In der anschließenden Podiumsdiskussion über Probleme der Gremienarbeit kamen Fritz Wolf, Autor der Studie „Im öffentlichen Auftrag. Selbstverständnis der Rundfunkgremien. Politische Praxis und Reformvorschläge“, Christian Pegel, Chef der Staatskanzlei Mecklenburg.-Vorpommern, Dr. Jürgen Brautmeier, Direktor der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen, Andreas Kaczynski, stellvertretender Vorsitzender des rbb-Rundfunkrates und Lilli Lenz, Landesvorsitzende des dbb Rheinland-pfalz und Mitglied des SWR-Rundfunkrates, zu Wort. (Ein ausführlicher Bericht zur 8. Medienkonferenz erscheint in der November-Ausgabe des dbb magazin.) (01/40/13)

## Lühmann: Mehr tun für Personalgewinnung in Krisenzeiten

**(dbb) Auf Schwierigkeiten der öffentlichen Arbeitgeber, junge Leute auch in Krisenzeiten gewinnen zu können, hat die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann mit Blick auf den demografischen Wandel und die zunehmend schwierige Suche nach Fachkräften auch im öffentlichen Dienst hingewiesen. In ihrer Eröffnungsrede einer Fachtagung der Akademie Europa am 11. Oktober 2013 in Hamburg sagte die Polizistin, die für die SPD im Bundestag sitzt, in Anwesenheit des stellvertretenden Parteivorsitzenden und Ersten Bürgermeisters der Stadt Hamburg, Olaf Scholz, der öffentliche Dienst sei das Rückgrat der Gesellschaft. Die CESI-Fachtagung beschäftigte sich am 11. und 12. Oktober 2013 mit der Frage, wie in Zeiten des Schuldenabbaus und des demografischen Wandels in Europa qualifiziertes Personal gewonnen und gehalten werden kann.**

Personalgewinnung und Personalentwicklung in den öffentlichen Diensten der EU - Mitgliedstaaten stünden in Zukunft vor zwei Herausforderungen, so Lühmann: die Überwindung der Euro-Schuldenkrise und die Bewältigung des demografischen Wandels. Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende beschrieb die äußerst schwierigen Rahmenbedingungen für die Beschäftigten in vielen Euro-Ländern. „In vielen Ländern wurden und werden massiv Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut. Das geschieht nicht nur durch Einstellungsstopps. Und nicht allein durch die Nichtwiederbesetzung von Stellen, deren Inhaber in den Ruhestand gehen.“ In den Programmstaaten, wo die Troika Sparauflagen durchsetzt und überwacht, würden Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes entlassen.

Zwar sei Deutschland glücklicherweise nicht von solchen Maßnahmen betroffen. Nichtsdestotrotz sei der öffentliche Dienst auch hierzulande in den vergangenen 20 Jahren stark geschrumpft. „Wir haben im Vergleich zu 1991 über zwei Millionen Stellen verloren. Ihre Zahl

ist von 6,7 auf 4,6 Millionen gesunken. Eine hohe Aufgabendichte, mehr Stress bis hin zum Burnout vieler Kolleginnen und Kollegen sind die Folge.“

„Wir haben zwei bis drei Jahrzehnte hinter uns, in denen es nicht sehr sexy war, für den Staat zu arbeiten. Privat vor Staat lautete die Parole. Die öffentliche Infrastruktur in Deutschland zum Beispiel ist überlastet, überaltert, dabei in die Brüche zu gehen. In vielen Nachbarstaaten dürfte das Bild ähnlich sein.“ Gerade als die Politik sich vor einigen Jahren darauf besonnen habe, wie wichtig die öffentliche Infrastruktur ist, habe die Krise Europa mit voller Wucht getroffen. In der Krise hätten Fehlentscheidungen privater Investoren und privater Banker eine Schuldenexplosion verursacht, deren Folgen die Bürger und auch die öffentlich Bediensteten nun tragen müssten. „In der Frage, wer haftet eigentlich für private Fehlentscheidungen, soll dann auf einmal nicht mehr Privat vor Staat gelten. Das darf so nicht weitergehen“, mahnte Lühmann.  
(02/40/13)

## dbb regt Diskussion über bessere Sicherung der Einkommen im öffentlichen Dienst an

**(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat im Interview mit dem „Handelsblatt“ (Ausgabe vom 8. Oktober 2013) eine Diskussion angeregt, um die Finanzierung der Beamtenversorgung auf solidere Grundlagen zu stellen. „Man könnte darüber nachdenken, ob die Abwicklung der Beamtenversorgung nicht einer gemeinsamen Institution übertragen werden kann. So könnte analog zur bereits bestehenden Versorgungsanstalt für die Zusatzversorgung eine Versorgungsanstalt für Beamtenversorgung gebildet werden, über die alle Fondsmittel etwa mit Hilfe der Bundesbank mündelsicher angelegt werden – auf die die einzelnen Länderparlamente keinen Zugriff hätten. Das würde sicherstellen, dass einzelne Länder sich bei der Pensionsvorsorge nicht aus der Verantwortung stehlen können.“**

Zwar sei ihm bewusst, dass diese Idee gerade bei den Ländern, die ihre Versorgungsrücklagen bereits zum Stopfen von Haushaltslöchern „verfrühstückt haben“, auf wenig Gegenliebe stößt, räumte der dbb Bundesvorsitzende ein. „Ich glaube aber, dass gerade eine Große Koalition die Chance hat, hier zu sinnvollen Ergebnissen zu kommen.“ Darauf sei der öffentliche Dienst dringend angewiesen: „Denn die sichere Pension ist neben der Unkündbarkeit der Vorteil, mit dem der öffentliche Dienst angesichts einer im Durchschnitt schlechteren Bezahlung im Wettbewerb mit den privaten Arbeitgebern

um das schrumpfende Arbeitskräfteangebot bestehen kann. Wenn wir das nicht erhalten können, sind wir verloren.“

Eine Forderung, die der dbb Bundesvorsitzende an die - wie auch immer zusammengesetzte - künftige Regierungskoalition richtet, ist die Rückkehr zu einheitlichen Bezahlsstrukturen im öffentlichen Dienst. „In der guten alten Zeit gab es einen Bundesangestelltentarif und ein Bundesbesoldungsgesetz für den ganzen öffentlichen Dienst. Heute verhandeln Bund und Kommunen noch zusammen, die Länder aber getrennt.“ Mit verheerendem Ergebnis, kriti-

siert Dauderstädt: „Inzwischen gibt es bei gleicher Tätigkeit Unterschiede in der Besoldung

von 20 Prozent etwa zwischen Berlin und Bayern.“  
(03/40/13)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **BBB-Stressmonitor gestartet: Dem Burnout zuvorkommen**

**(dbb) Wie steht es um die Burnout-Gefährdung im öffentlichen Dienst – jedes Einzelnen aber auch ganz allgemein? Dieser Frage geht der Bayerische Beamtenbund (BBB) mit einem eigens auf die dortigen Beschäftigungsbedingungen abgestimmten Online-Test nach. Auf der BBB-Homepage ist der BBB-Stressmonitor angelaufen, teilte der Landesbund am 7. Oktober 2013 mit. Eine Auswertung der gesammelten Informationen soll aufdecken, wo allgemeine Umgestaltungen notwendig sind.**

Nicht jede Aufgabenhäufung, sei es im privaten oder im beruflichen Umfeld, verursacht gesundheitsgefährdenden Stress. Wo aber die Gesamtbedingungen nicht mehr stimmen, besteht die Gefahr, ernsthaft krank zu werden – mit allen persönlichen und gesamtgesellschaftlichen Folgen.

Der BBB-Stressmonitor ermöglicht es jedem Beschäftigten, anhand eines anonymen Fragebogens in nur wenigen Minuten den persönlichen Stresslevel zu bestimmen. Er weist auf Gefährdungssituationen hin und gibt Handlungsempfehlungen zur Stressvermeidung.

Sensibilität und Verantwortung des Einzelnen im Umgang mit psychischer Belastung werden gestärkt.

Die Auswertung der von den Teilnehmern anonym zur Verfügung gestellten Daten werde auch ein Gesamtbild der Gefährdungssituation am Arbeitsplatz „öffentlicher Dienst“ zeichnen. Problembereiche könnten identifiziert, Handlungserfordernisse aufgedeckt und – wo nötig – in einem weiteren Schritt notwendige Umgestaltungen des Arbeitsumfelds eingefordert werden.  
(04/40/13)

### **dbb Hessen: Versorgungsrücklagen nicht antasten**

**(dbb) „Hände weg von den Versorgungsrücklagen.“ Das forderte die Landesvorsitzende des dbb Hessen, Ute Wiegand Fleischhacker, am 9. Oktober 2013 in Frankfurt. Die Schuldenbremse, die nicht einfache Finanzlage des Landes und die Verwirklichung von teuren Wahlversprechungen könnten die verantwortlichen Politiker daran denken lassen, die Versorgungsrücklagen des Landes Hessen zur Haushaltskonsolidierung anzutasten, warnte sie.**

„Ein solches Verhalten wäre nicht nur gefährlich kurzfristig, sondern auch ein Vertrauensbruch gegenüber den hessischen Beamtinnen und Beamten“, so Wiegand-Fleischhacker. „Immerhin haben die Beamtinnen und Beamten durch die Kürzung der Gehaltserhöhung um jeweils 0,2 Prozentpunkte zum Aufbau

dieses Sondervermögens nicht unbeträchtlich beigetragen.“ Der dbb Hessen fordere vielmehr, dass die Vermögensrücklage als Sondervermögen ausgebaut, sicher angelegt und später ausschließlich zweckgebunden verwendet werde.  
(05/40/13)

### **Knecht zu umstrittener Gerichtsstrukturereform: Mindestgröße ist „Schwachsinn“**

**(dbb) Nach der am 9. Oktober 2013 im Landtag abgesehenen Strukturreform sollen sechs der vorhandenen 21 Amtsgerichte in Mecklenburg-Vorpommern aufgelöst und fünf**

**weitere in sogenannte Zweigstellen umgewandelt werden. „Der dbb m-v sieht es mit Sorge, dass die Gerichtsstrukturreform in erster Linie zur Kostensenkung dienen soll, die bis dato nicht einmal belegt wurde“, kritisierte der Landesvorsitzende Dietmar Knecht die Entscheidung. „Der Service am Bürger bleibt dabei auf der Strecke“, so Knecht.**

Durch die beabsichtigte Reduzierung der Zahl der Amtsgerichte entstünden unzumutbare Wege für den rechtsuchenden Bürger, aber auch für die Justizbeschäftigten. Auch Mehrkosten für die Justiz und die Polizei durch teurere Prozesse seien zu befürchten. Kritik übte Knecht an Justizministerin Uta-Maria Kuder, die eine gewisse Mindestgröße als notwendig ansieht. Dies sei „Schwachsinn“. Man brauche nur über den Tellerrand nach Brandenburg zu schauen: „Dort ist das effektivste Amtsgericht

das in Guben - und das ist mit drei Richterstellen besetzt.“

Enttäuscht zeigte sich Knecht auch über die Beratungsresistenz der Politik, die über die Köpfe von 34.000 Menschen als Unterzeichner einer Volksinitiative und über die Sorgen und Nöte von betroffenen Mitarbeitern, Juristen und Kommunalpolitikern hinweggehe. „Die parlamentarischen Anhörungen haben sich als Placebo erwiesen“, kritisierte Knecht. (06/40/13)

## **DSTG kritisiert Diskussion um Steuererhöhungen - Steuervereinfachung ist angesagt**

**(dbb) Der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler hat die Diskussion um Steuererhöhungen scharf kritisiert und stattdessen eine grundlegende Steuervereinfachung gefordert.**

Im Radiosender HR Info sagte Eigenthaler am 27. September 2013, es störe die DSTG, dass in vordergründiger Weise wieder einmal nur über Steuersatzerhöhungen gesprochen werde, statt über falsche Strukturen im Steuerrecht nachzudenken. Die DSTG würde lieber etwas darüber hören, wie das komplizierte Steuerrecht vereinfacht werden solle. „Oder etwas darüber, wie das ‚Sich-arm-rechnen‘ von Unternehmen über die Grenze europaweit bekämpft werden kann.“ Der DSTG-Chef fügte hinzu: „Und was ist mit den Hunderten Milliarden Schwarzgeldern von deutschen Steuerzahlern, die weltweit versteckt werden?“

Eigenthaler kritisierte in diesem Zusammenhang, dass das Personal in den deutschen Finanzämtern künstlich knapp gehalten werde. Mit dem jetzigen Personalbestand könne man nicht mehr vernünftig arbeiten. Der gesetzliche Auftrag, Steuern gleichmäßig und gesetzmäßig festzusetzen, verkomme zu einer Besteuerung nach dem Zufallsprinzip. Schwarzgeld und Steuerschlupflöcher blieben immer häufiger unentdeckt. Gerade diese Fragen müssten aber in einem neuen Koalitionsvertrag angegangen werden. „Es ist falsch, wieder beim ehrlichen Steuerzahler anzufangen und dem immer noch mehr drauf zu packen“, sagte der DSTG-Bundesvorsitzende. (07/40/13)

## **Tarifabschluss für Airport Ground Service Stuttgart erreicht**

**(dbb) Zum 1. Oktober 2013 ist bei der Tochtergesellschaft des Flughafens Stuttgart, Airport Ground Service GmbH (AGS), erstmals ein Tarifvertrag für die Beschäftigten in Kraft getreten, den die komba gewerkschaft im dbb erfolgreich verhandelt hatte. Dieser verbessert die Arbeitsbedingungen der rund 200 Beschäftigten spürbar.**

„Es ist uns gelungen, in einer konstruktiven und vom Willen der Einigung geprägten Atmosphäre die Grundsicherung der Beschäftigten der AGS deutlich zu verbessern. Das Einkom-

men ist spürbar angehoben und die saisonalen Schwankungen sind abgefangen worden. Zudem ist durch die Aufstockung um bis zu vier Urlaubstage pro Beschäftigtem eine deutliche

verbesserte Regeneration von der körperlich anstrengenden Tätigkeit möglich“, sagte Andreas Hemsing, Verhandlungsführer für die komba gewerkschaft und stellvertretender Geschäftsführer der Bundestarifkommission des dbb am 9. Oktober 2013.

Vereinbart wurde die Einführung eines neuen Vergütungssystems, das als niedrigsten Stundenlohn einen Betrag von 9,80 Euro brutto vorsieht, der bis zum Jahr 2015 auf 10,10 Euro brutto ansteigen wird. Über eine Leistungs-komponente kann das monatliche Festgehalt

zusätzlich deutlich erhöht werden, zudem wurde eine jährliche Sonderzahlung fest vereinbart. Die wöchentliche Regelarbeitszeit beträgt 36 Stunden. Der Anspruch auf Erholungsurlaub hat sich deutlich erhöht und beträgt je nach Betriebszugehörigkeit zwischen 26 und 30 Tage. Erreicht wurde zudem, dass über die Hälfte der Beschäftigten ihre Teilzeitverträge auf Vollzeitverträge aufstocken können, um dadurch eine deutlich bessere Entgeltsicherheit zu erlangen. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 36 Monaten.

(08/40/13)

## BSBD kritisiert Doppelbelegungen in Gefängnissen

**(dbb) In Baden-Württemberg sind viele Strafgefangene gegen ihren Willen in Gemeinschaftszellen untergebracht. Dabei sieht das Gesetz in solchen Fällen eigentlich Einzelunterbringung vor. Im Bundesvergleich steht das Land damit fast als Schlusslicht da, kritisierte der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) am 7. Oktober 2013.**

Nach einer Statistik, die der BSBD aus offiziellen Quellen zusammengestellt hat, müssen sich 42 Prozent der Strafgefangenen im Land die Zelle mit mindestens einem anderen Gefangenen teilen. Schlechter ist die Situation nur noch im Bundesland Thüringen, wo sogar 53 Prozent der Häftlinge keine eigene Zelle haben. Auf Baden-Württemberg folgen Bayern (41 Prozent) und Sachsen (39). Besonders gut ist die Situation dagegen in Hamburg mit nur fünf Prozent und im Saarland mit neun Prozent. Der Bundesschnitt liegt bei 29 Prozent.

„Derartige Mehrfachbelegungen erschweren die Resozialisierung, begünstigen die Bildung von kriminellen Subkulturen und leisten Gewalttaten der Gefangenen untereinander Vorschub“, kritisierte der BSBD-Bundesvorsitzende Anton Bachl die Zustände. „Letztlich wird dadurch auch die Sicherheit der Bediensteten gefährdet.“

(09/40/13)

## DPolG: „Blitz-Marathon“ geeignetes Mittel zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

**(dbb) Der erste bundesweite „Blitz-Marathon“ war nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) ein geeignetes Mittel zur Verbesserung der Verkehrssicherheit. Zu hohe Geschwindigkeiten gehörten zu den Hauptursachen von Verkehrsunfällen, die oftmals unbeschreibliches Leid zur Folge haben. Daher unterstütze die DPolG alle gezielten Verkehrsüberwachungsmaßnahmen, die der Erhöhung der Verkehrssicherheit dienen.**

Der DPolG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt sagte am 9. Oktober 2013, dem Vortag der Aktion: „Der Blitz-Marathon ist die richtige Antwort auf das hemmungslose Rasen verantwortungsloser Fahrer, die Menschenleben tausendfach in Gefahr bringen. Ursprünglich in Nordrhein-Westfalen initiiert, hat sich die massive temporäre Präsenz der Polizei bewährt, um bei vielen Fahrzeugführern die Gefahren des zu schnellen Fahrens ins Bewusstsein zu rücken. Leider ist die Polizei viel zu selten in

der Lage, solche personalaufwändigen Aktionen durchzuführen. Im Übrigen können Fahrzeugführer sämtlichen Geschwindigkeitsmessanlagen gelassen entgegensehen: Einfach nur an die Vorschriften halten - spart Geld und rettet Menschenleben“, riet Wendt.

Im Rahmen des ersten bundesweiten 24-Stunden-Blitz-Marathons kontrollierten 14.700 Polizisten ab 6.00 Uhr morgens über 24 Stun-



den bundesweit an mehr als 8.600 Kontrollstellen die Geschwindigkeit.  
(10/40/13)

## VBE: Gute Schule braucht gut ausgebildete Lehrer

**(dbb) Mit Blick auf die erstmalige Überprüfung der Bildungsstandards für die Sekundarstufe I in Mathematik, Biologie, Chemie, Physik stellte am 11. Oktober 2013 VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann fest: „Der Verband Bildung und Erziehung sieht dringenden Handlungsbedarf. Lehrermangel, nicht fachgerechter Einsatz der Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen, Lehramtsstudiengänge mit ungenügendem Berufsbezug dürfen weder schöngeredet und noch viel weniger schöngerechnet werden.“**

Beckmann weiter: „An die Lehrerbedarfsprognose müssen die Länder nochmal heran. Kein Land legt bislang offen, nach welchen Kriterien der Bedarf errechnet wurde. Die konkrete Lehrerversorgung vor Ort muss an Schulen der Sekundarstufe I verbessert werden. Das macht die heute vorgestellte Untersuchung sehr deutlich. Bis zu 18 Prozent nicht fachgerechter Einsatz in den MINT-Fächern und Unterrichtsausfall schränken nicht nur die Lernmöglichkeiten der Schüler ein. Die ungenügenden Res-

ourcen belasten auch die Kolleginnen und Kollegen. Damit muss endlich Schluss sein.“

Noch stärker in den Fokus der Bildungspolitik müsse auch die Qualität der Lehrerausbildung rücken, so Beckmann. Nötig seien für alle Lehramtsstudiengänge ein hoher wissenschaftlicher Anspruch, qualifizierte fachdidaktische Ausbildung und starker schulpraktischer Bezug.  
(11/40/13)

## Meidinger: Leistungsunterschiede bei Schülern „erschreckend groß“

**(dbb) Als „erschreckend groß“ hat der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), Heinz-Peter Meidinger, die im IQB-Ländervergleich für 2012 deutlich gewordenen Leistungsunterschiede bei Schülern in Mathematik und Naturwissenschaften bezeichnet. „Dauerhaft dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass die Schülerinnen und Schüler in verschiedenen Bundesländern so weit auseinanderklaffende Kompetenzniveaus erzielen, weil damit auch unterschiedliche Zukunftschancen verbunden sind“, sagte Meidinger am 11. Oktober 2013 in Berlin.**

Er gratulierte den Siegerländern Sachsen und Thüringen zu ihren sehr guten Ergebnissen. Dies zeige, dass in diesen Ländern der Stellenwert naturwissenschaftlich-mathematischer Bildung nach wie vor hoch sei, was sich auch in entsprechender Ausstattung der Stundentafeln und einer hohen Qualität der Lehrerbildung spiegele.

Manches alte Bundesland müsse sich aber fragen, ob die Reformen der letzten Jahre, etwa auch die Stundentafelkürzungen bei Einführung des G8 in diesem Bereich, für die Sicherung der Qualität hilfreich waren, so Meidinger. So sei es auch für die künftigen länderübergreifenden Bestandteile der Abiturprüfung Mathematik nicht mehr sicher, dass die bisher führenden süddeutschen Länder hier

weiterhin die Nase vorn haben. Besonders ärgerlich sei das niedrige Leistungsniveau in den Stadtstaaten verbunden mit einer besonders engen Koppelung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft dort.

Als besondere Herausforderung bezeichnete der DPhV-Vorsitzende die riesige Leistungsdifferenz von 82 Punkten zwischen Kindern aus bildungsnahen und bildungsfernen Schichten. „Gerade in Mathematik und den Naturwissenschaften, wo die Sprache keine so große Rolle spielt, müsste man eigentlich erwarten, dass die soziale Herkunft und der Migrationshintergrund nicht so stark zu Buche schlagen. Hier ist vertiefte Ursachenforschung angesagt“, betonte Meidinger.  
(12/40/13)

## **Namen und Nachrichten**

(dbb) Der BBW – Beamtenbund Tarifunion hat die baden-württembergische Landesregierung zu einer grundlegenden Kursänderung im Umgang mit dem öffentlichen Dienst und seinen Beamten aufgefordert. Es müsse Schluss sein mit den einseitigen Beamtenopfern, sagte BBW-Chef und dbb Vize **Volker Stich** am 7. Oktober 2013 in Gegenwart von Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid vor dem Landeshauptvorstand seiner Organisation. Zugleich forderte er, die Absenkung der Eingangsbesoldung zurückzunehmen. Der Minister reagierte ruhig, aber bestimmt. „Wir hatten Handlungsbedarf“, verteidigte er die Einschnitte der vergangenen Jahre, versicherte aber gleichzeitig: In dieser Legislatur seien weitere Eingriffe weder bei der Beihilfe noch bei Besoldung oder Versorgung vorgesehen. BBW-Chef Stich bezeichnete die im Rahmen des Personalentwicklungsplans 2020 ins Auge gefassten Maßnahmen als einen guten und richtigen Ansatz. Angemessene Bezahlung sei aber die Voraussetzung, um qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen. Deshalb müsse die Absenkung der Eingangsbesoldung zurückgenommen werden.

Mit besten Wünschen an Horst Seehofer zur Wiederwahl ins Amt des Ministerpräsidenten hat **Rolf Habermann**, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), seine Forderung verbunden, die ständige Weiterentwicklung des „Standortfaktors öffentlicher Dienst“ in der kommenden Amtsperiode konsequent fortzusetzen. Auch wenn es zwischenzeitlich schwierigen Zeiten gegeben habe, so Habermann, habe die Bayerische Staatsregierung insbesondere im vergangenen Jahr deutlich gemacht, dass sie sich ihrer diesbezüglichen Verantwortung sehr wohl bewusst sei. „Wir wollen das konstruktive Miteinander fortsetzen“, betonte Habermann. Auch in Zukunft werde die fortwährende Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes von besonderer Bedeutung sein.

Mit Blick auf die sogenannten Zensusmillionen – zusätzliches Geld, das nach der Volkszählung in die Landeskassen gespült wurde - hat der

dbb-schleswig-holstein auf die Bedürfnisse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst hingewiesen. „Fakt ist: 2015 steht die nächste Einkommensrunde im öffentlichen Dienst an. Und mit Weitsicht sollte seitens der für die Landesfinanzen zuständigen Politiker zweierlei bedacht werden: Vorsorge zu treffen für unausweichliche Aufwendungen und das Einhalten der Schuldenbremse“, sagte die Landesvorsitzende des dbb schleswig-holstein, **Anke Schwitzer**, am 8. Oktober 2013. „Bislang war doch immer ein konsequenter Sparkurs angezeigt. Eine angemessene Beamtenbesoldung war lange nicht möglich.“ Angesichts des „warmen Regens“ müsse jetzt für die kommende Einkommensrunde vorgesorgt werden, „damit nicht in gut einem Jahr mit Überraschung festgestellt werden muss, dass wieder kein Geld da ist, weil es bereits anderenorts verprascht wurde“, so Schwitzer.

Auf die kritische Situation in den Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit (BA) hat die **vbba** (vereinigung der beschäftigten der berufs- und arbeitsmarktdienstleister) hingewiesen. „Zahlreiche Rückmeldungen von Kolleginnen und Kollegen“ im Zusammenhang mit der Umorganisation der Familienkassen hätten dies gezeigt. So hätten etwa falsche Umsetzungsentscheidungen bei der Zentralisierung der Bearbeitung dazu geführt, dass zahlreiche Berechtigte seit Mai keine Kindergeldzahlung mehr erhalten haben. Hier sei bislang „kein konzeptioneller Lösungsansatz erkennbar“, die Geduld der Kunden sei aber verständlicherweise erschöpft. Die vbba kündigte am 7. Oktober 2013 an, kurzfristig einen Arbeitskreis mit vbba-Vertretern aller Familienkassen durchzuführen und Forderungen zu formulieren, die zur Verbesserung der Situation beitragen sollen.

Bei der Süd-Thüringen-Bahn standen am 7. Oktober 2013 fast alle Züge still. „Die Taktik ‚Kopf in den Sand‘ bringt uns nicht weiter. Das müsste der Arbeitgeber eigentlich wissen“, so der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize **Claus Weselsky** nach dem fast



vierstündigen Streik bei STB. „Bis heute verweigert die STB die Verhandlungen zum Flächentarifvertrag für Lokomotivführer (BuRa-LfTV) und für Zugbegleiter (BuRa-ZubTV), der schon heute für 97 Prozent der Lokomotivführer in Deutschland gilt. Bei der STB verdienen Lokomotivführer und Kundenbetreuer im Durchschnitt 20 Prozent weniger als ihre Kollegen bei der Deutschen Bahn. Die GDL wird nicht zulassen, dass die STB weiterhin den Wettbewerb über die Einkommen des Zugpersonals führt. Sie fordert das Unternehmen auf, endlich an den Verhandlungstisch zu kommen. Bewegt sich die STB nicht, ist mit weiteren Streiks zu rechnen. Wir haben einen langen Atem“, so Weselsky.

Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Rainer Wendt**, hat gefordert:

die Strafmündigkeit bei Jugendlichen von 14 auf 12 Jahre herabzusetzen. Der „Bild am Sonntag“ (Ausgabe vom 6. Oktober 2013) sagte Wendt: „Denn auf die Mehrheit hat die erste Erfahrung mit einem Strafverfahren eine deutlich abschreckende Wirkung.“ Daneben verlangte Wendt, Straftäter mit Migrationshintergrund in Polizei-Statistiken klar auszuweisen: „Wer aus ideologischen Gründen den Migrationshintergrund von Gewalttätern in der Kriminalstatistik verschweigt, der verschließt die Augen vor einer wichtigen Erkenntnisquelle.“ Bei Gewaltdelikten seien junge Männer mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund nun mal überproportional vertreten: „In manchen Kulturen wird Gewalt als probates Mittel der Problemlösung angesehen. Hier muss der Staat frühzeitig eingreifen“, so Wendt.

(13/40/13)